

Das globale Terrorimperium der weltlichen und religiösen Gewaltherrschaft Band II

Gründung des Deutschen Reiches und der 2. Dreißigjährige Krieg

47 Jahre Freiheit + 27 Jahre Unfreiheit

Band II/011

Der totalitäre Weltstaat der Geheimbünde, Teil 4

Der NWO-Moloch "Vereinte Nationen" (UN) fördert die Massenmigration

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Jahre 2013) im COMPACT-Spezial Nr. 2 über den Libyen-Krieg von März bis Dezember 2011 (x348/60-62):

>>Sex, Lügen und Videos

_von Raphael-Maria Grünwald/Andrea Ricci

Libyen: Im Krieg gegen den "irren Gaddafi-Clan" griff die westliche Propaganda auf bewährte Muster zurück. Ein kleiner Streifzug durch die Bomben-Argumente.

Der Libyen-Krieg war genau drei Tage alt, da meldete sich am 22. März 2011 Joseph ("Joscha") Fischer in der Süddeutschen Zeitung zu Wort. "Westerwelle", so Fischer, habe "den Schwanz eingezogen", als es im UN-Sicherheitsrat zur Abstimmung kam und Deutschland sich der Stimme enthielt. Angeblich seien in Libyen "unmittelbare deutsche und europäische Sicherheitsinteressen" berührt...

Wie sich die Debatte im Nachgang zu Deutschlands Stimmenthaltung in der UNO entwickelte, steht exemplarisch für die das Strickmuster der Kriegslegitimation, das sich im Westen nach dem Zusammenbruch des Ostblocks durchgesetzt hat. An zentraler Stelle steht das "Appeasement- beziehungsweise München-Argument", also der Verweis auf das britische Gewährlassen der reichsdeutschen Annexion des Sudetenlandes im Münchner Abkommen 1938.

Natürlich funktioniert das Argument dann besonders gut, wenn der jeweilige Schurke gleich zum "Wiedergänger Hitlers" aufgeblasen wird, wie es Hans Magnus Enzensberger 1991 bei Saddam Hussein gemacht hat. Später wurde der Braune Peter an Slobodan Milosevic, Osama bin Laden und Mahmud Ahmadinedschad weitergeschoben.

Ähnlich beliebt sind Zuschreibungen aus der klinischen Psychiatrie. Nach dem "Irren von Bagdad", dem "Irren von Belgrad" und dem "Irren von Pjöngjang" tat sich die Bild-Zeitung mit Schlagzeilen wie "Das ist der irre Gaddafi-Clan" (23.2.2011) oder "Bereitet der irre Despot seine Flucht vor?" (23.3.2011) hervor.

Auch die evangelische Theologin Margot Käßmann bekannte: "Wir müssen die Libyer vor einem irrsinnig gewordenen Diktator schützen." (Zeit, 20.3.2011) Selbst Noch-Bundespräsident Christian Wulff brillierte mit ferndiagnostischen Fähigkeiten: "Gaddafi ist ein Psychopath". (Welt, 25.2.2011)

Arabischer Frühling

Der erste NATO-Krieg gegen ein muslimisches Land seit Afghanistan war leicht zu verkaufen, weil der Beschlußfassung in der UNO eine Resolution der Arabischen Liga vorausgegangen war, die ebenfalls die Durchsetzung einer Flugverbotszone gefordert hatte.

Für den flüchtigen Medienkonsumenten mochte es so aussehen, als ob der sogenannte arabi-

sche Frühling, der in anderen Ländern der Region wie Tunesien und Ägypten zum Rücktritt altgedienter Despoten geführt hatte, nun auf Libyen übergegriffen habe. Die NATO erschien nicht als Aggressor, sondern als Helfer einer Demokratiebewegung. ...

Doch im Unterschied zu den bis dahin gewaltfreien Rebellionen in Kairo und Tunis waren die libyschen Rebellen von Anfang an aggressiv vorgegangen. Bereits im Februar 2011 wurden vielerorts nicht nur Polizeistationen, sondern alle Arten öffentlicher Gebäude niedergebrannt. Besonders empörend: In der Großstadt Al-Baida wurden am "Tag des Zorns" fünfzig als "Söldner" bezeichnete Schwarzafrikaner exekutiert - eine Form rassistischer Gewalt, an der sich die Menschenrechtsfreunde im Westen aber nicht störten. Ende März 2011 meldete die New York Times, daß die CIA die Rebellen bereits "seit Wochen mit verdeckten Aktionen" unterstützte.

Die Rebellen verübten in zahlreichen Fällen Lynchjustiz an Schwarzafrikanern, in ihren Augen "Söldner Gaddafis".

Und: Der Beschluß der Arabischen Liga (AL), mit dem die USA, Frankreich und Großbritannien Druck auf den UN-Sicherheitsrat ausübten, war herbeigetrickt: Wie die Asia Times berichtete, waren von den 22 AL-Vollmitgliedern nur 11 bei der Abstimmung anwesend. Sechs von ihnen waren Mitglieder des Golf-Kooperationsrates (GCC), dem von den USA unterstützten Club von Königreichen oder Scheichtümern: Saudi-Arabien, Bahrain, Kuwait, Qatar, Oman und Vereinigte Arabische Emirate (VAE).

Es war der GCC, der zuerst für eine Flugverbotszone stimmte und mit diesem Votum zur Sitzung der Arabischen Liga marschierte. Saudi-Arabien hatte nur drei weitere Mitglieder zu "verführen", um neun Stimmen zu bekommen. Syrien und Algerien stimmten dagegen. Im Klartext: Von 22 Mitgliedern der Arabischen Liga stimmten nur neun für die Flugverbotszone. Qatar profitiert unmittelbar: Seine zwei Mirages machen bei der Bombardierung Libyens mit, während sich sein Hafen Doha auf die Vermarktung Ost-libyschen Öls vorbereitete.

Lügen um Bengasi

Um die westliche Öffentlichkeit auf Krieg einzustimmen, wurde im Februar/März 2011 besonders Bengasi zum Opfersymbol aufgebaut. Die ostlibysche Stadt war am 20. Februar von den Rebellen erobert worden und wurde in der Folge von Regierungstruppen belagert.

Daniel Cohn-Bendit, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Europaparlament, trommelte: Wenn man "nicht etwas macht, dann wird Gaddafi zum Beispiel zum Einnehmen der Stadt Bengasi bereit sein, zum Beispiel Giftgas anzuwenden".

US-Außenministerin Hillary Clinton sprach später von "einem zweiten Srebrenica an einem Ort namens Bengasi". In einer Ansprache am 1. April 2011 stellte US-Präsident Barack Obama den Krieg als Rettung in letzter Minute dar: "Wir sind eingeschritten, um ein Massaker zu verhindern."

Dabei hatte selbst US-Verteidigungsminister Robert Gates der Greuelpropaganda zunächst widersprochen: "Gates sagte, daß das Pentagon keine Bestätigung dafür habe, daß Revolutionsführer Gaddafi seine Bevölkerung tatsächlich aus der Luft habe beschießen lassen. Er habe das bisher nur Presseberichten entnommen." (FAZ, 3.3.2011) Auch der Bundesregierung lagen "keine detaillierten Informationen über Angriffe der libyschen Luftwaffe auf Zivilisten vor", so ihre Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linken-Politikerin Sevim Dagdelen vom April 2011.

Am 7. März 2011 sendete der russische Fernsehsender Russia Today (RT) eine Reportage aus der angeblich todgeweihten Rebellenhochburg. Die Bilder aus Bengasi zeigten eine Urlauberstadt am Meer, in der Kinder am Strand spielten und die Geschäfte voller Kunden waren. Das Leben auf den Straßen und Plätzen war gelöst, Angst vor Luftangriffen herrschte augenscheinlich nicht.

Allerdings konnten die RT-Reporter beobachten, wie ein Team des qatarischen Senders Al

Djazeera auf einer etwas erhöhten Terrasse seine Kamera aufbaute und die Menschen auf dem Platz auffordert, nach vorn zu kommen um Anti-Gaddafi-Parolen zu rufen. Ein Al Jazeera-Mitarbeiter führte wie ein Dirigent Regie, während seine Kameramänner die "Wut" auf den Diktator filmten, die kurz darauf in die Wohnzimmer Europas und Amerikas flimmerten.

Wie dreist die Unkenntnis der westlichen Medienkonsumenten über Libyen von den Medien ausgenutzt wurde, zeigt ein weiteres Beispiel aus Bengasi. Die amerikanische UN-Botschafterin Susan Rice behauptete Ende April 2011, an libysche Regierungstruppen werde Viagra verteilt. Prompt titelte der Kölner "Express": "Gaddafi-Soldaten mit Viagra vollgepumpt". Das Schweizer Boulevard-Blatt Blick setzte noch einen drauf: "Gaddafis Schergen vergewaltigen Frauen und Kinder." Einzige Quelle der ganzen Viagra-Geschichte: ein angeblicher Arzt namens Chalifa al Scharkassi. Wer dieser Scharkassi und wie glaubwürdig er ist, wollte niemand wissen.

Wie fadenscheinig die Behauptung ist, zeigt sich selbst beim flüchtigen Lesen des Blick-Artikels: "In Bengasi, so der Arzt, seien mehr als 100 Frauen von den Soldaten des Regimes vergewaltigt worden - während ihre Männer an der Front kämpften." Gaddafi-Soldaten sollen Massenvergewaltigungen ausgerechnet in Bengasi vorgenommen haben - also der Stadt, die seit Beginn des Bürgerkrieges die wichtigste Hochburg der Rebellen und mittlerweile Sitz ihrer Gegenregierung war?

Einseitigkeiten

Ende Mai 2011 kam dann eine neue Beschuldigung von Massenvergewaltigungen, die angeblich libysche Soldaten begangen hätten. Die in Großbritannien ausgebildete Psychologin Seham Sergewa behauptete bei CNN, sie habe 70.000 Fragebögen an Libyer verschickt, davon seien rund 60.000 zurückgeschickt worden und mehr als 200 davon hätten ein Kreuz bei der Frage gemacht, ob sie von Regierungstruppen vergewaltigt oder sexuell mißbraucht worden seien. Luis Moreno Ocampo, Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes ICC in Den Haag, behauptete daraufhin, er habe nun eindeutige Hinweise darauf, daß Gaddafi Massenvergewaltigungen angeordnet habe.

Keine einzige dieser Anschuldigungen konnte durch Fakten gestützt werden - sogar bei Amnesty International reagierte man verwundert. Auch von einem "Genozid" könne nicht die Rede sein, so Amnesty International. Eine offizielle Delegation des UN-Menschenrechtsrats unter Leitung von Cherif Bassiouni - einem der Gründerväter des ICC - ging den Vorwürfen von Massenvergewaltigungen nach. Ohne Erfolg. Er und seine Ermittler konnten keine Beweise für die Anschuldigungen finden. (Frankfurter Rundschau, 11.6.2011)

Typisch auch das Desinteresse der Leitmedien an Berichten über Greuelthaten der Rebellen. Immerhin ein Augenzeugenbericht schaffte es am 15. April 2011 in Die Welt. "Vor unseren Augen wurden so viele Menschen erstochen und geköpft." Zum Beweis zeigte der Zeuge ein Video, das er mit seinem Handy aufgenommen hatte. "Darin wird einem am Boden liegenden Mann mit einem langen Messer der Kopf abgeschnitten, was normalerweise nur radikale Islamisten mit ihren Feinden tun. Grausame Bilder, die man kaum ansehen kann."

Aber Die Welt läßt die Leser an ihren Zweifeln teilhaben, "ob das Video tatsächlich aus Misrata stammt, der eine Rebell und der andere ein Soldat der libyschen Armee ist". Diese - journalistisch selbstverständliche - Quellenkritik konnte man allerdings höchst selten bemerken, wenn Videos der Gegenseite über die "Verbrechen Gaddafis" verbreitet wurden.

"Kollateralschäden"

Den NATO-Bomben fielen nicht nur viele Zivilisten, sondern in einigen Fällen "versehentlich" sogar Aufständische zum Opfer. Solche "Kollateralschäden" wurden fallweise Gaddafi in die Schuhe geschoben. So meldete die Tagesschau am 27. März 2011: "Die USA werfen dem libyschen Machthaber Muammar Gaddafi die Inszenierung ziviler Opfer vor. Es gebe zahlreiche Geheimdienstberichte, nach denen Gaddafis Truppen von ihnen getötete Menschen

an Angriffszielen der westlichen Allianz plaziert hätten, sagte Verteidigungsminister Robert Gates in einem Interview mit dem TV-Sender CBS News."

Anders sah es offensichtlich der Vatikan, der Ende März schwere Vorwürfe gegen die Alliierten erhob, nachdem bei Luftangriffen auf Tripolis mindestens 40 Zivilisten getötet worden waren.

Daß mit einem "Menschenfeind" wie Gaddafi kein Waffenstillstand geschlossen werden sollte, zeigte die rigorose Ablehnung von Vorschlägen, die er oder auch die Afrikanische Union gemacht hatten.

So hatte sich Gaddafi Ende April 2011 an die NATO gewandt und Verhandlungen angeboten. Die Libyer bräuchten, so Gaddafi, die Chance, ihre Konflikte selber zu lösen. Falls der Westen das libysche Öl wolle, könne man mit ihren Ölfirmen Verträge abschließen, betonte er. Die NATO und die Rebellen schmetterte diese Initiative mit dem Hinweis ab, daß man erst über Verhandlungen nachdenken werde, wenn die Regierungstruppen wieder in den Kasernen seien. Auf dem letzten Treffen der Libyen-Kontaktgruppe Anfang Mai forderten die USA schließlich, Verhandlungen mit Gesandten Gaddafis generell abzulehnen.

In der Nacht zum 1. Mai 2011 unterstrich die Allianz mit ihrem Luftangriff auf den von Gaddafi bewohnten Bab-al-Azizyah-Komplex in Tripolis - es war bereits der dritte dieser Art -, was sie von seinen Angeboten wirklich hielt. Bei diesem Angriff wurden einer seiner Söhne und weitere Familienmitglieder getötet. Spätestens hiermit haben Washington, London und Paris deutlich gemacht, daß ihr Ziel nicht der von der UN-Resolution 1973 geforderte "Schutz der Zivilbevölkerung", sondern der "Regime-Wechsel" war.

Als Gaddafi selbst am 20. Oktober 2012 gefangen genommen wurde, folterten und exekutierten ihn die Rebellen - so der Abschlußbericht von Human Rights Watch zum ersten Jahrestag des Verbrechens. Peter Scholl-Latour behauptet sogar, gestützt auf französische Militärkreise: "Gaddafi ist mit einer Eisenstange gepfählt worden." (Welt, 14.12.2011) Keiner der Schuldigen wurde vor das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag gestellt.<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 26 berichtete am 21. August 2013:

>>**Souveränität, Recht und Demokratie versus Machtpolitik**

von Prof. Dr. jur. und Dr. phil. Alfred de Zayas

Die Souveränität ist in der Charta der Vereinten Nationen verankert. Wir haben seit 1945 eine neue Weltordnung. Und die Uno-Charta ist die Weltverfassung - allerdings nicht die Verfassung einer Weltregierung. Das will keiner. Aber es ist eine Verfassung, die alle Staaten vertraglich akzeptiert haben. Eine Verfassung, die die Souveränität aller Staaten garantiert, nämlich in Artikel 1 und Artikel 2. Artikel 2 ist besonders wichtig, nicht nur, weil hier die Gleichheit aller Staaten unterstrichen wird, sondern auch, weil nicht nur die Gewaltanwendung, sondern auch die Androhung von Gewalt ganz deutlich verboten wird.

Das heißt nicht, daß die Staaten sich daran halten, aber juristisch gesehen, völkerrechtlich gesehen sind die Normen klar. Souveränität bedeutet auch Selbstbestimmung der Völker. Selbstbestimmung der Völker ist, was man in juristischer Sprache "ius cogens" nennt bzw. bindendes Völkerrecht. Die afrikanischen Staaten haben dank dieses Prinzips der Selbstbestimmung in den späten 50er und Anfang der 60er Jahre ihre Unabhängigkeit gewonnen. Indien hatte sich schon im Jahr 1947 von Großbritannien freigemacht.

Es gibt auch sehr viele Völker, die keine Selbstbestimmung haben. Eines der Themen, die ich in meinem neuen Bericht für die Vereinten Nationen behandle, sind die Autochthonen, das heißt Menschen, die seit Generationen und Generationen in einem Gebiet leben, z.B. die Ur-Amerikaner, fälschlicherweise "Indianer" genannt, die Aborigines aus Australien, die Tamilen in Sri Lanka, die Ibos in Biafra, die Kurden in der Türkei, Syrien, Irak und Iran, Kashmiri in Indien, die Molukken in Indonesien, die deutschen Südtiroler in Italien usw.

Ob wir über die Autochthonen in Alaska sprechen oder in Hawaii oder in West-Papua - sie

alle haben ein Recht auf Selbstbestimmung. Das bedeutet nicht immer Unabhängigkeit. Selbstbestimmung kann auch im Rahmen einer Autonomie-Regelung erreicht werden, solange das der Wille des Volkes ist. Das muß natürlich festgestellt werden.

Völkerrechtlich gesehen sind die Normen klar. Artikel 1 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte sowie Artikel 1 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte garantieren dieses Recht.

Was verstehen wir unter Recht? Wenn wir Recht sagen, sprechen wir von Rechtsstaatlichkeit. Wir sprechen von Rechtssicherheit. Wir sprechen von checks and balances, wie wir in Amerika sagen. Das heißt, daß es eine exekutive, eine legislative und eine juristische Staatsgewalt gibt. Es sind getrennte Gewalten, die sich gegenseitig ausbalancieren. Allerdings muß angemerkt werden, daß die höchste Gewalt in allen Rechtsstaaten die Richter sind. Also nicht die Exekutive, nicht die Legislative, sondern die Richter, die über das Handeln von Präsidenten und über das Handeln von Parlamenten bestimmen können. Das ist ein Merkmal eines Rechtsstaates (Im Fall der direkten Demokratie der Schweiz liegt die höchste Gewalt beim Volk - die Redaktion).

Allerdings ist die Rechtsstaatlichkeit in den meisten modernen Staaten sehr angeschlagen. Und aus meiner Erfahrung als Uno-Beamter und als Experte verschiedener Gremien kann ich Ihnen sagen, daß die sogenannten unabhängigen Richter häufig nicht unabhängig sind. Hieraus ergibt sich eine Unterminierung der Rechtsstaatlichkeit. Allerdings ist es besser, wenn man etwas hat, was noch korrigierbar ist, als wenn man eine Situation ohne Normen hat, ohne Gesetze, ohne Richter. So haben wir eine Struktur, die korrigierbar ist, aber auch nur, wenn eine Bürgerschaft da ist, die das verlangt; wenn die Bürger wach sind und wenn sie nicht eingeschüchtert werden.

Die Einschüchterung durch die sogenannte politische Korrektheit ist eine der größten Gefahren für die Rechtsstaatlichkeit; sie ist eine der größten Gefahren für die Demokratie. Denn viele Menschen denken etwas Bestimmtes, sagen aber etwas anderes. Viele Menschen wagen es nicht, sich zu äußern. Sie schweigen lieber, als sich öffentlich zu äußern, weil sie vor den Konsequenzen Angst haben, wenn sie offen sprechen.

Ich zum Beispiel habe als Professor für Völkerrecht, als Uno-Beamter, gelitten wegen meiner Publikationen. Meine Publikationen haben mir in meiner Karriere nicht geholfen. Ganz im Gegenteil. Ich habe mindestens drei Beförderungen in den Vereinten Nationen verpaßt wegen meines Buches über die Vertreibung der Deutschen am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg, "Die Nemesis von Potsdam" (Herbig, 14. Auflage 2005).

Ausdrücklich wegen dieses Buches, weil ich die Argumente kenne, die in den ausschlaggebenden Gremien diskutiert wurden. Und dieses politisch unerwünschte Buch ist mir vorgeworfen worden. Natürlich will man niemanden haben, der heiße Eisen anpackt. Lieber jemand, der keine Wellen macht, als jemand, der offen spricht.

Rechtsstaatlichkeit ist nicht nur Rechtspositivismus. Es geht nicht nur um das, was im Gesetz steht, sondern auch um das, was über dem Gesetz steht. Es gibt das berühmte Buch von Montesquieu, "De l'esprit des lois" (Über den Geist des Gesetzes). Der Geist des Gesetzes ist der Ursprung des Rechts. Und das ist wichtiger als das, was aufs Papier kommt. Denn auf dem Papier gibt es manchmal sehr ungerechte Gesetze.

Man muß immer bedenken, daß das Gesetz da ist, um Gerechtigkeit zu schaffen, und nicht, um Ungerechtigkeiten festzulegen und zu zementieren. Das ist eine Diskussion, die die Rechtsphilosophen führen, und es gibt im Grunde genommen keine Lösung, und es bleibt eine gewisse Spannung zwischen dem Begriff Recht und dem Begriff Gerechtigkeit. Ich selbst bin römisch-katholisch und ein Anhänger der Philosophie des Naturrechts und dafür, daß wir mehr Raum für das Naturrecht schaffen.

Mein Problem als Professor für Völkerrecht ist: Ich muß meinen Schülern bzw. meinen Stu-

dentem erklären, wie es dazu kommt, daß das Völkerrecht so oft nach Belieben eingesetzt wird. Hier wird es anerkannt, dort aber nicht. Gesetzt den Fall, daß das Volk vom Kosovo die Unabhängigkeit haben sollte: Wenn der Begriff Selbstbestimmung allgemeine Gültigkeit besitzt, warum nicht auch in Biafra?

Sie werden sich erinnern: 1967/70 der Völkermord in Biafra. Und Nigeria hat die sehr legitime Bestrebung des Volkes von Biafra, sich von Nigeria zu trennen, mit grausamer Gewalt unterdrückt. Dasselbe gilt für Sri Lanka, sie kennen alle die Problematik um die Tamilen. Sie haben keine Selbstbestimmung und keine Unabhängigkeit bekommen. Sie sind massakriert worden, und die Welt hat zugeschaut.

Ich bin Amerikaner, und ich würde gerne denken, wir sind "die Guten". Ich würde so gerne daran glauben. Als ich Schüler war in Chicago, mußte ich jeden Morgen sagen: "I pledge allegiance to the flag of the United States of America, and to the republic for which it stands, one nation under God, indivisible, with liberty and justice for all." (Ich schwöre Treue auf die Fahne der Vereinigten Staaten von Amerika und die Republik, für die sie steht, eine Nation unter Gott, unteilbar, mit Freiheit und Gerechtigkeit für jeden.) Jeden Morgen, wenn die Flagge gehißt wurde, mußte ich das sagen, und natürlich haben gleichzeitig die Trompeten geblasen. Man will an etwas glauben, man hat es nötig, an sich selbst zu glauben.

Es ist gut und wichtig, Werte zu haben, aber es ist für mich eine große Enttäuschung zu merken, daß sich auch meine Regierung nicht an das Völkerrecht hält. Man braucht nur an Guantánamo, an Abu Graib, an die NSA-Enthüllungen zu denken. Dann fragt man sich: Wo stehen wir? Was bleibt überhaupt von der Ethik?

Und ehrlich gesagt, es bleibt nicht viel übrig. Nun, ich sagte Völkerrecht nach Belieben, ich nenne es auch "Völkerrecht à la carte". Das wird heute so angewandt und morgen ganz anders. Und was ist mit dem Ideal der Demokratie?

Die einzige Demokratie, die ich kenne, ist die schweizerische. Sie ist nicht perfekt. Aber sie ist die einzige, in der eine gewisse Korrelation zwischen dem Willen des Volkes und der eigentlichen Politik besteht. Bei uns in Amerika gibt es einen totalen "disconnect" zwischen Senatoren, Kongreßabgeordneten und dem Volk.

Eine Demokratie ist mehr als der Pro-Forma-Wahlgang, bei dem Sie für Kandidat A oder für Kandidat B stimmen. Ich muß auch eine Möglichkeit haben, die Entscheidungen dieses Kandidaten zu beeinflussen. Ich will nicht, daß es nur Kandidaten gibt, die dem militärisch-industriellen Komplex verpflichtet sind. Dann habe ich wirklich keine echte Wahl. Man wird vor ein *Fait accompli* gestellt. Wenn Sie "Through the Looking-Glass" von Lewis Carroll kennen, werden Sie an die sehr ähnlichen Gestalten Tweedledee und Tweedledum denken, und das ist mehr oder weniger, was wir in vielen Demokratien haben, eine Wahl zwischen Tweedledee und Tweedledum. Ist das eine Demokratie?

Ich habe voriges Jahr im November nicht gewählt. Natürlich ist Obama immerhin besser als Romney, aber weil ich so enttäuscht bin von diesem Mann und weil ich meine, daß es gar keine echte Wahl war, habe ich gesagt: "Wozu abstimmen?" Denn so oder so regiert der militärisch-industrielle Komplex oder die Ölindustrie oder Exxon und so weiter. Aber das Volk hat absolut keinen Einfluß.

Ob ich einen republikanischen Kongreßmann oder Senator oder einen demokratischen Kongreßmann oder Kongreßfrau habe: Die sind alle für den militärisch-industriellen Komplex, für die Anwendung von Gewalt, für Big Brother. Eine echte Wahl besteht nicht. Es ist nur eine Scheinwahl, und alle Leute gehen und stimmen ab. Aber ich finde, das ist eher eine Sportveranstaltung. Man geht zur Olympiade, und man sieht sich die beiden Mannschaften an, die sich gegenseitig bekämpfen, und man kann sich überlegen, ob ich für diese Mannschaft sein will oder für die andere. Aber beeinflussen kann ich nichts. Ich kann mich nur virtuell erfreuen, daß meine Partei gewonnen hat.

Aber ist es überhaupt meine Partei? Nein, es ist die Partei des militärisch-industriellen Komplexes. Und wie sieht es in Deutschland aus? Was für eine Wahl haben Sie zwischen Angela Merkel und Peer Steinbrück? Und in Frankreich zwischen Sarkozy und Hollande? Ich bitte Sie! Also, schon wieder Pest und Cholera.

Was wirklich wichtig ist, was entscheidend ist in der Demokratie, und das sage ich in allen meinen Berichten, sind die Instrumente der direkten Demokratie, nämlich die Initiative, das Referendum und die Möglichkeit der Amtsenthebung, in den USA sagen wir impeachment. Wenn ein Parlamentarier oder ein Präsident sich total gegen seine Versprechen verhält oder gegen ein bestimmtes Programm, für das er gewählt wurde, um es durchzuführen, und wenn er dieses Programm nicht durchführt, sondern eine ganz andere Agenda und ganz andere Interessen hat, dann sollte das Volk die Möglichkeit haben, diese Person des Amtes zu entheben. Das ist das Wesentliche einer echten Demokratie.

Ansonsten haben sie nur eine Scheindemokratie oder, wie ich es in meinem Bericht schreibe, eine Lobby-Demokratie. Lobby-Demokratie, das heißt, die Parlamentarier sind einer bestimmten Lobby gegenüber verpflichtet, und sie werden sagen und tun, was diese Lobby ihnen befiehlt, denn diese Lobby hat für die Kampagne bezahlt. Wenn Sie bedenken, daß eine Präsidentschaftswahl Milliarden kostet. Ich überschätze es nicht: Milliarden! Das ist wirklich eine Sportveranstaltung, und wir sind die Zuschauer. Wir schauen uns das an, was da los ist, aber wir können es nicht beeinflussen. Und unser amerikanischer Wahlkampf 2012 kostete 3,5 Milliarden Dollar!

Ich verlange von einer parlamentarischen Demokratie, daß die Auswahl der Kandidaten vom Volke kommt und nicht von einer Parteimaschine, und daß jeder Kandidat, der tatsächlich gewählt wird, auch wirklich mein Repräsentant ist, daß er mich vertritt. Das ist die Idee der Demokratie, daß ich eine Vertretung habe. Aber heute wird jemand gewählt, und dann tut er, was er will. Und man sagt: "Oh ja, in vier Jahren können wir ihn in die Wüste schicken!" Aber dann kommen zwei genauso große Übel. Also, es gibt keine Lösung: Das System der sogenannten repräsentativen Demokratie funktioniert nicht.

Wir haben eine repräsentative Demokratie nur für Routine-Sachen. Aber wenn es darum geht, wichtige Entscheidungen zu treffen, zum Beispiel, wie das Geld für den Haushalt des Landes ausgegeben wird, dann haben wir keinen Einfluß. 50 %, 60 % des Haushalts werden ausgegeben für den Krieg, um mehr Drohnen zu bauen oder U-Boote oder Flugzeuge oder Cruise Missiles und Gott weiß was. Da geht das Geld hinein. Und hinzu kommt das Geld, das nicht direkt im Haushalt des Pentagon ist, es befindet sich im Haushalt des State Department zum Beispiel.

Auch dieser ganze Überwachungsapparat, die Ausgaben für die National Security Agency, wo werden sie gebucht? Wenn Sie das ganze Geld zusammenzählen, das für die sogenannte nationale Sicherheit ausgegeben wird, dann ist es kein Wunder, daß nichts übrig bleibt für Gesundheit oder für Schule und Ausbildung. Dafür ist kein Geld mehr da. Allerdings gibt es Menschen, die Milliardäre geworden sind, weil es in der Waffenindustrie nach wie vor sehr viel Geld zu verdienen gibt.

Wenn wir die Souveränität, das Recht und die Demokratie der Macht gegenüberstellen, dann stellen wir zudem fest, daß die Macht im Grunde genommen nicht mehr beim Staat ist. Die Macht liegt bei der Ökonomie, sie hat die Macht. Die National Security Agency (NSA) hat die Macht, die Geheimdienste, die haben die Macht. Außerdem natürlich die Finanzinstitutionen. Manche behaupten, daß Goldman Sachs die Welt regiert.

Da ist niemand verantwortlich, sie können diese Leute nicht zur Rechenschaft ziehen. Sie sind auch nicht demokratisch gewählt worden. Sie üben eine enorme Macht über Sie und mich aus, und ich kann nichts tun. Das ist leider eine Situation, die nur durch eine sehr aufgeweckte bürgerliche Gesellschaft bekämpft werden kann.

Wir müssen diese Instanzen wie die großen Finanzgiganten an der Wall Street, wie die Weltbank und die Währungsfonds unter gewisse Kontrollen bringen, etwa unter der Generalversammlung der Vereinten Nationen, und sie sollten auch vor dem Menschenrechtsrat Bericht abgeben. Es kann nicht sein, daß uns eine Gruppe von Finanzmagnaten regiert. Wir haben sie nicht gewählt. Sie üben eine Macht aus, die ihnen nicht zusteht. Die Märkte haben sie nicht entdeckt, die Märkte haben sie nicht erschaffen, die Märkte hat die Gesellschaft erschaffen. Sie sind ein Produkt von Hunderten von Jahren der bürgerlichen Gesellschaft, die das aufgebaut hat.

Diese Leute sind nur die Ausbeuter, die Parasiten, die sich gut organisiert haben und das an sich gerissen haben und das jetzt sozusagen nur für ihr eigenes Wohlergehen, aber nicht für das Wohlergehen der Bevölkerung tun.

Ein anderes Problem, das einhergeht mit dem Konzept der Macht, ist, wie diese Ikonen der Macht uns manipulieren. Wir werden manipuliert durch Angst. Das ist ein sagenhaftes Geschäft mit der Angst. Und Sie wissen, wie unfrei unsere Medien sind. Unsere Medien veröffentlichen, was sie wollen. Was ihnen nicht paßt, wird nicht veröffentlicht.

Ich weiß nicht, wie viele von Ihnen wissen, daß die Uno-Hochkommissarin für Menschenrechte am 12. Juli eine sehr deutliche Pressemitteilung herausgegeben hat, in der sie unter anderem gesagt hat, daß Edward Snowden das Recht auf Asyl hat, daß die Staaten aufgefordert sind, dieses Recht zu gewähren, dieses Recht zu respektieren, dieses Recht in die Tat umzusetzen, daß sie gesagt hat, daß er nicht verfolgt werden darf; denn ein Mensch, ein Whistleblower, der die Verletzungen von Menschenrechten aufdeckt, darf deshalb nicht bestraft werden - ganz im Gegenteil, dieser Mann ist kein Vaterlandsverräter, ganz im Gegenteil, er hat der Demokratie einen großen, großen Dienst erwiesen.

Das, was unsere Regierung gemacht hat und was die Arbeit der NSA bedeutet, ist eine klare Verletzung der amerikanischen Verfassung, es ist verfassungswidrig, was wir machen.

Was die bürgerliche Gesellschaft tun kann, ist demonstrieren, protestieren, verlangen, daß Elemente der direkten Demokratie bei uns eingeführt werden, daß in jenen Staaten, die die direkte Demokratie nicht kennen, die Parlamentarier die notwendigen Gesetze annehmen, so daß auch eine wichtige Gesetzgebung durch ein Referendum entschieden wird, und nicht, daß ein paar Parlamentarier das alleine tun. Glauben Sie, daß die französische Bevölkerung in einem Referendum die gleichgeschlechtliche Ehe akzeptiert hätte?

Ich glaube es nicht. Die Idee der Adoption durch gleichgeschlechtliche Eltern - das wäre mit Sicherheit sogar mit 80 % abgelehnt worden, wenn das vor das Volk gekommen wäre. Aber weil die Befürworter wissen, daß es abgelehnt wird, wird es durch die Parlamentarier gegen den Willen des Volkes durchgesetzt - und das nennt man dann Demokratie. Das ist wirklich ein klassisches Beispiel einer Korruption von Demokratie. Natürlich kritisiert man das. Aber es passiert nichts.

Ich bin nicht der erste, der diese Problematik anpackt. Dies haben Noam Chomsky, John Pilger, Jeffrey Sachs, Arundhati Roy, David Cromwell, Marc Curtis und viele andere vor mir getan. Sie haben auch die korrekte Diagnose gegeben. Sie haben die korrekte Medizin verschrieben. Aber diejenigen, die die Macht haben, wollen keine Medizin und keine Änderung des Status quo, denn sie verdienen zu viel Geld.

Die Welt ist, wie sie ist, und es liegt an uns, die Welt zu verbessern. Stecken Sie also den Kopf nicht in den Sand. Bestehen Sie auf Ihrer Ethik, auf Ihren Werten. Ziehen Sie die Politiker und die Finanzleute - sei es in Deutschland, sei es in Frankreich, sei es in der Schweiz - zur Rechenschaft, wenn sie etwas Undemokratisches und wenn sie etwas Ungerechtes tun.

Was sind die größten Verbrechen? Sie können sich viele Verbrechen ausdenken. Aber ich möchte nur eines nennen: das Verbrechen des Schweigens. Warum sind wir in der Situation, in der wir sind? Weil die Menschen schweigen, weil die Menschen sich anpassen, weil die

Menschen sich bücken, weil es einen Druck der politischen Korrektheit, einen Druck des Zeitgeistes gibt. Dann drücken sich die Menschen, sie wollen irgendwie nicht deutlich sprechen. Nun, ich kann Ihnen sagen, man kann es wagen, und man muß es wagen.

Ich schließe gerne mit einem Gedanken von Lucius Annaeus Seneca:

Nicht weil es schwer ist, wagen wir es nicht, sondern weil wir es nicht wagen, ist es schwer.

...

"Ich muß den Schweizer Bürgern sagen: Sie müssen für den Erhalt der Schweizer direkten Demokratie kämpfen. Das ist nicht nur für Sie, das ist auch ein Modell für die Welt."

Alfred de Zayas

Charta der Vereinten Nationen (Auszug)

Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele:

1. den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen;
2. freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen;
3. eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen;
4. ein Mittelpunkt zu sein, in dem die Bemühungen der Nationen zur Verwirklichung dieser gemeinsamen Ziele aufeinander abgestimmt werden.

Die Organisation und ihre Mitglieder handeln im Verfolg der in Artikel 1 dargelegten Ziele nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Organisation beruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder.
2. Alle Mitglieder erfüllen, um ihnen allen die aus der Mitgliedschaft erwachsenden Rechte und Vorteile zu sichern, nach Treu und Glauben die Verpflichtungen, die sie mit dieser Charta übernehmen.
3. Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, daß der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.
4. Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.
5. Alle Mitglieder leisten den Vereinten Nationen jeglichen Beistand bei jeder Maßnahme, welche die Organisation im Einklang mit dieser Charta ergreift; sie leisten einem Staat, gegen den die Organisation Vorbeugungs- oder Zwangsmaßnahmen ergreift, keinen Beistand.
6. Die Organisation trägt dafür Sorge, daß Staaten, die nicht Mitglieder der Vereinten Nationen sind, insoweit nach diesen Grundsätzen handeln, als dies zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlich ist.
7. Aus dieser Charta kann eine Befugnis der Vereinten Nationen zum Eingreifen in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören, oder eine Verpflichtung der Mitglieder, solche Angelegenheiten einer Regelung auf Grund dieser Charta zu unterwerfen, nicht abgeleitet werden; die Anwendung von Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII wird durch diesen Grundsatz nicht berührt.

Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte:

Artikel 1

1. Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

2. Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

3. Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.

Wortgleich mit Artikel 1 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.<<

Der pensionierte evangelische Berufsschulpastor Eberhardt Kleina kritisierte am 20. Oktober 2015 in einem Offenen Brief die Flüchtlingspolitik der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel (x881/...): >>**Flüchtlingsströme nach Europa: Eine getarnte Masseneinwanderung?**

... Starke politische Kräfte streben die Utopie einer neuen Gesellschaft an. Es soll ein multi-ethnisches, multikulturelles, multireligiöses Paradies sein, wo alle Gegensätze und Konflikte aufgehoben sind und immerwährender Friede einkehrt, auf der Basis von Gleichheit, Toleranz und gegenseitiger Achtung. Konservative und bibeltreue Meinungen stören hingegen, weil sie die Utopie in Frage stellen. Vor unseren Augen läuft ein gesellschaftspolitisches Großexperiment ab. Aber es wird scheitern an der Herrschaftsideologie Islam.

Von solchen Bestrebungen geht indes eine enorme Gefahr aus. Aus dem kommunistischen Großexperiment des 20. Jahrhunderts hat man anscheinend nichts gelernt, wo in der früheren Sowjetunion und im China Mao Tse-tungs die verschiedensten Völker und Kulturen vermischt und auch ein neuer Mensch geschaffen werden sollte. Das Ergebnis waren gigantische Ströme von Blut. ...<<

Die Internet- & Blogzeitung für die Zivilgesellschaft "DIE FREIE WELT" berichtete am 28. November 2016 (x902/...): >>**Der große Austausch: Massenmigration gegen schrumpfende Bevölkerung**

"Replacement Migration" - Wie UNO und "Think Tanks" Europas Bevölkerung austauschen wollen

Sie glauben, Völker nach Planspielen verschieben zu können, indem sie Massenmigration steuern: UNO und verschiedene Stiftungen wollen Europa verändern, um ein demographisches Utopia zu erschaffen.

"Replacement Migration" ist ein englischer Begriff, der genauso nach Allmachtsphantasien und "Demographic Engeneering" klingt wie das schreckliche alte Naziwort "Umvolkung". Dahinter verbirgt sich eine seltsame Geisteshaltung. Einige Strategen glauben immer noch, sie könnten am Reißbrett und auf der Landkarte Planspiele für die Verschiebung ganzer Bevölkerungen ausarbeiten. Noch schlimmer: Sie glauben, ihre Ideen in die Tat umsetzen zu können.

Solche Demographie-Planspieler gibt es in allen möglichen "Think Tanks", insbesondere bei der UNO, wo sie mit ihren Ideen besonders viel Reichweite, Gehör und Wirkungsentfaltung erzielen können. Kleine Gruppen von Experten arbeiten dort aus, wie die demographische Entwicklung der Welt gesteuert werden soll.

Der große Bevölkerungsaustausch in der westlichen Welt

Die Kernidee der "Replacement Migration" basiert auf zwei Beobachtungen. Erstens: Europas

Bevölkerung ist zu alt, rückläufig und homogen. Zweitens: In der dritten Welt gibt es ein großes Bevölkerungswachstum und einen hohen Anteil junger Menschen. Die Lösung: Teile der Dritten Welt wandern nach Europa aus. Ideal und Vorbild: Schweden. Experten sprechen vom "schwedischen Modell", denn dort wird der Bevölkerungsrückgang durch massive Zuwanderung zu verhindern versucht. Das schwedische Modell unterscheidet sich vom US-amerikanischen, australischen und kanadischen Modell, welche die Immigration restriktiv handhaben.

Das große Problem: Die sogenannten Experten mißachten die Lehren der Geschichte. Alle großen Migrationsbewegungen in der Geschichte hatten Konsequenzen. Das gilt ebenso für alle gewaltsamen Bemühungen, gewachsene Bevölkerungsstrukturen zu verändern, um ein widernatürliches Utopia zu schaffen.

Im imperialistischen Kolonialismus wurden Bevölkerungen hierarchisiert und durch künstliche Grenzen getrennt. Im Stalinismus und Maoismus wurden Bevölkerungsstrukturen gewaltsam verändert, um eine ideale kommunistische Gesellschaft aufzubauen. Durch Deportationen und Kulturrevolutionen wurden kulturelle und ethnische Identitätsgemeinschaften zerstört. Im Faschismus und Nationalsozialismus wurde mit Gewalt versucht, unrealistische ethnische Idealbilder in die Realität umzusetzen.

Das heutige Globalisten-Establishment wünscht dagegen sich die ideale marktkonforme Demographie, die durch gesteuerte Migration erreicht werden soll. Vermutlich wird diese Denkweise dereinst genauso im Müllimer der perversen Ideologien enden wie die drei erstgenannten. Denn bei großen Migrationen treffen unterschiedliche Kulturen aufeinander. Das führt immer wieder zu Konflikten mit ungeahnten Konsequenzen.

Doch dem "Clash of Civilizations" (Samuel P. Huntington) begegnet man mit linksliberalem Kulturrelativismus: Alles, was kollektive Identität schafft, wird dämonisiert. Es ist wie damals im Stalinismus, als aus Menschen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen systemkonforme Sowjetbürger gemacht werden sollten.

Wie das Globalisten-Establishment die Demographie Europas als Problem auffaßt

Für viele internationale Organisationen, multinationale Konzerne, Finanzinstitute und global tätige Investoren unterschiedlichster Herkunft stellt Europas Demographie ein Problem dar. Dieses Problem läßt sich in drei Hauptpunkten zusammenfassen:

Erstens: Die Bevölkerung Europas ist rückläufig und im Durchschnitt zu alt. Die Geburtenrate ist zu niedrig. Die Experten sprechen von "Sub-Replacement Fertility", wenn weniger als 2,1 Kinder pro Frau geboren werden. Man befürchtet große finanzielle Belastungen für die Wirtschaft, weil die Zahl der Erwerbspersonen sinkt, jene der Pensionäre und Rentner jedoch steigt. Die UNO hat verschiedene Szenarien bezüglich der demographischen Entwicklungsmöglichkeiten durchgerechnet. Je nach Variante und Szenario wird bestimmt, wie viel Migration nötig sein wird, um die Demographie Deutschlands auf einem gewünschten Level zu halten. Einem Szenario der UNO-Revision von 1998 zufolge sind für die Jahre 1995 bis 2050 rund 11 Millionen Migranten notwendig. Andere Szenarien gehen noch von einem sehr viel höheren Migrationsbedarf aus.

Zweitens: Die Bevölkerung Europas ist anspruchsvoll. Durch die Industrialisierung, dem Wirtschaftswunder und Gewerkschaften haben sich die Menschen einen Lebensstandard erarbeitet, den sie nicht verlieren wollen. Auf Dauer wird es schwer sein, den Ansprüchen an hohe Löhne und Wohlstand gerecht zu werden, da ein Großteil der Produktion und Wertschöpfung nach Asien abgewandert ist. Dies zeigt sich in der wachsenden Spaltung der Einkommensgesellschaft. Wir erleben eine Globalisierung der Arm-Reich-Trennung.

Das wird deutlich am Beispiel der USA und China: Während in den USA ein Teil der Bevölkerung auf Dritte-Welt-Niveau abgerutscht ist, wächst in China eine Mittelschicht heran, deren Lebensstandard Erste-Welt-Niveau erreicht. So entsteht eine Dritte Welt in der Ersten

Welt und eine Erste Welt in der Dritten Welt. Auch in Deutschland öffnet sich die Einkommens- und Vermögensschere rasant. Es ist ein globales Phänomen.

Drittens: Die Bevölkerungen in den einzelnen Staaten Europas sind ethnisch und kulturell relativ homogen. Die Wurzeln und Identitäten schaffen starke Gemeinschaften. Die Bevölkerungen zeigen durch ihr Wahlverhalten, daß sie immer noch in der Lage sind, internationale Pläne zu durchkreuzen, wie beispielsweise der Brexit oder der Widerstand gegen TTIP gezeigt haben. Dieses Phänomen wird auf beiden Seiten des Atlantiks als Populismus etikettiert. Man versucht, den Populismus durch gezielte politische "Public Relations-Maßnahmen" einzudämmen. Denn erst die Atomisierung der europäischen Gesellschaft in isolierte Individuen ("atomization of society") ohne gemeinschaftliche Verankerungen schafft die Möglichkeit, unpopuläre Gesetze und Maßnahmen durchzusetzen, ohne den Aufstand eines Kollektivs befürchten zu müssen.

Wie die Demographie Afrikas und Südasiens als Problem aufgefaßt wird

Die Überbevölkerung in der Dritten Welt wurde bereits seit den 1950er Jahren als Problem erkannt. In Ost-Asien konnte das Bevölkerungswachstum abgeschwächt werden. Doch in Afrika und im Nahen und Mittleren Osten, aber auch in Teilen des indischen Subkontinents gibt es noch hohe Geburtenraten. Besonders Afrika südlich der Sahara wächst die afrikanische Bevölkerung rasant. Die Ressourcen reichen nicht aus, um all diesen Menschen gute Zukunftsaussichten zu bieten.

Ein weiteres Problem ist rasante Verjüngung der Bevölkerung. Der sogenannte "Youth Bulge", der demographische Jugendüberschuß, führt zu enormen Druck in den jeweiligen Ländern. In den meisten Ländern Afrikas sind mehr als 65 Prozent der Menschen unter 30 Jahre alt. Dadurch entsteht Druck auf die Wirtschaft und Politik, Chancen zu schaffen. Oft führen solche demographischen Verhältnisse zu Umstürzen oder zu massiven Auswanderungen. Das beliebteste Auswanderungsziel vieler Afrikaner ist Europa. Dort sehen sie ihre Zukunft.

Von der UNO bis zur Bertelsmannstiftung planen "Think Tanks" die große Migration

Die Idee von der "Replacement Migration" wird nicht nur von der UNO an Staaten wie Deutschland herangetragen. In eine ähnliche Richtung weist eine bemerkenswerte Studie der Bertelsmann-Stiftung, auf die 2015 auch die Forschungseinrichtung der Bundesagentur für Arbeit IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) hingewiesen hat. Sowohl das IAB als auch die Bertelsmann-Stiftung werben in diesem Zusammenhang für massive Zuwanderung.

Die Bertelsmann-Studie trägt den Titel "Zuwanderungsbedarf aus Drittstaaten in Deutschland bis 2050". Es geht um "Szenarien für ein konstantes Erwerbspotential".

Die Grundannahme der Studie lautet folgendermaßen: "Das Arbeitskräfteangebot gehört zu den Determinanten des Wachstumspotentials. Ein rückläufiges Erwerbspotential könnte zu einer wirtschaftlichen Stagnation führen. So weisen beispielsweise der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die Deutsche Bundesbank und andere Institutionen auf die Gefahren für Wachstum und die Sozialversicherungssysteme hin, wenn das Erwerbspotential schrumpft." ...

Weiterhin heißt es: "Das Erwerbspotential ist umfassendes Maß für den volkswirtschaftlichen Einsatzfaktor Arbeit, gemessen an Köpfen." ... "Auch extreme Annahmen hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung von Frauen (insbesondere der Angleichung der Erwerbsquote, von Frauen und Männern) und Älteren ("Rente mit 70") können nur zeitweise und nicht in vollem Umfang den demographischen Einfluß auf das Erwerbspotential kompensieren."

Die Studie der Bertelsmann-Stiftung schließt mit der Voraussage und Befürchtung ab, daß die Zahl potentieller Erwerbspotentialer von derzeit rund 45 Millionen bis zum Jahr 2050 um etwa 16 Millionen auf 29 Millionen sinken könnte.

Logische Schlußfolgerung der Studie: Es helfe nur die massive Zuwanderung, um den demographischen Wandel und damit verbundenen Rückgang des Arbeitskräftepotentials auszugleichen.

Nach der Bertelsmann-Studie würde in den Jahren von 2015 bis 2025 ein jährlicher Nettozufluss von rund 450.000 Zuwanderern nötig sein. Von 2026 bis 2035 wären dann 600.000 pro Jahr an Zuwanderern nötig sein und im anschließenden Zeitraum 2036 bis 2050 rund 550.000 pro Jahr.

Fazit: Hinter der seit Jahren andauernden Massenmigration nach Europa stehen große Organisationen, Stiftungen, Banken, Versicherungsgesellschaften und Konzerne mit ihren Think Tanks, die massiven Lobbyismus für Einwanderung betreiben. Sie versorgen Regierungen mit Studien, die die Massenmigration begründen sollen.<<

Die Internet- & Blogzeitung für die Zivilgesellschaft "DIE FREIE WELT" berichtete am 24. Februar 2017 (x902/...): >>**Zuerst die Bevölkerungsreduktion, dann die Massenmigration**

Das größte demographische Experiment aller Zeiten

Hinter der weltweiten Bewegung, Familien aufzulösen und Frauen ins Berufsleben zu bringen, sowie hinter den großen Migrationsbewegungen steht ein größeres Netzwerk als man glauben mag. Schlüssel hierzu ist die UNO mit ihren Unterorganisationen sowie deren massive Beeinflussung durch NGO's.

Das 20. Jahrhundert war das Jahrhundert des "Demographic Engineering". Nationalsozialisten, Faschisten, Stalinisten und Maoisten haben durch Massenmord und Massendeportationen die demographische und ethnographische Landkarte verändern wollen.

Auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war man mit "Demographic Engineering" beschäftigt. Zwar hatte man die grausamen Ideologien größtenteils überwunden. Doch glaubt man immer noch, die Entwicklungen der Bevölkerung durch großangelegte Pläne gestalten zu können.

Der erste Schlag: Bevölkerungsreduktion

In den 1950er bis 1970er Jahren war der elitär-akademische Zeitgeist von der Furcht vor der Überbevölkerung geprägt. In der UNO wurden die ersten Hochrechnungen diskutiert. Die Zahlen und Schätzungen fand man besorgniserregend.

Was dann folgte, war der größte geplante demographische Eingriff aller Zeiten. Das erste Mal in der Geschichte der Menschheit wurden Pläne entworfen, weltweit die Bevölkerungsentwicklungen zu steuern. Ziel war es, die globale Bevölkerungsexplosion einzudämmen. Schlagwort: Bevölkerungsreduktion.

Schnell hatte sich ein breites Bündnis aus internationalen Organisationen (z.B. UNO, WHO, UNICEF, UNFPA), Wirtschaftslobby-Organisationen (z.B. Weltbank), Regierungsorganisationen (z.B. USAID), Stiftungen, Großkonzernen, Nichtregierungsorganisationen und einzelnen superreichen "Philantropen" des Establishments zusammengefunden, um die Pläne international "top-down" durchzusetzen.

So hatten beispielsweise die Rockefeller Foundation, Standard Oil, Shell und DuPont massiv in die "International Planned Parenthood Federation (IPPF)" investiert. Parallel wurde der internationale "Population Council" ins Leben gerufen.

Die neuen Pläne und Ideen wurden wie eine Ideologie von oben nach unten weitergereicht. Sie wurden an den Universitäten, Hochschulen und Colleges zu wichtigen Themen erklärt. Wissenschaftler und Lehrer aller Fachrichtungen wurden mit den neuen Ideen indoktriniert. Massive Datensammlungen wurden zu ihrer Legitimation zusammengestellt.

Die große Erkenntnis: Emanzipation der Frau führt zur Bevölkerungsreduktion

In der dritten Welt, insbesondere in Afrika und Indien, versuchten viele Organisationen, mit teils rabiatischen Methoden, den Kinderreichtum einzudämmen. Man schreckte selbst vor heimlichen Sterilisierungen nicht zurück - etwa wenn Menschen zum Impfen aufgerufen

wurden und während ihrer Impfung ohne ihr Wissen sterilisiert wurden.

Doch die große Erkenntnis war: Wenn man weltweit die Bildung und Rechte der Frauen stärkt, führt dies zu mehr beruflicher Teilnahme der Frauen am Wirtschaftsleben und somit zu einer geringeren Geburtenrate.

Deshalb wurden von der UNO und ihren zahlreichen Unterorganisationen alle möglichen Programme ins Leben gerufen, um den Status der Frau aus den Ketten der Tradition zu befreien.

Das Problem: In Nordamerika und Europa funktionierte dieses Vorhaben prächtig, in der sogenannten Dritten Welt dagegen waren die Erfolge mäßig. Lediglich China war mit der Ein-Kind-Politik einen eigenen erfolgreichen Weg gegangen.

Warum hatten die internationalen Programme zur Frauenemanzipation und Geburtenreduktion in der westlichen Welt einen solchen Erfolg?

Drei Ursachen stechen hervor: Erstens, weil seit den 1960er Jahren die Pille populär wurde. Zweitens, weil innerhalb der Bürgerrechtsbewegungen die Frauenemanzipation und die feministischen Bewegungen Wasser auf die Mühlen der UNO waren. Und drittens, weil die Verstädterung (Stichworte: Mega-Cities, Vorstädte, Landflucht) sowie der Anstieg der Lebensqualität durch die zweite industrielle Revolution (Öl als Rohstoff für Chemie- und Kunststoffprodukte) die Lebensweise veränderten.

Verstärkt wurde diese Entwicklung durch die bewußt vorangetriebene sexuelle Revolution, die bis heute ihre Ideologie pädagogisch und didaktisch bis in die Schulen und Kindergärten durchgereicht hat.

Die Wucht dieser Kombination unterschiedlicher Faktoren hat dazu geführt, daß in den Industrieländern ein demographischer Winter eingetreten ist und die Überalterung der Bevölkerung droht.

Der zweite Schlag: Massenmigration und die "offene Gesellschaft"

Das massive Ungleichgewicht aus Bevölkerungsstagnation und Geburtenrückgang in der Ersten Welt und weiterhin massiver Bevölkerungszunahme in der Dritten Welt, hat in den letzten zwanzig bis dreißig Jahren einen neuen Ideen-Pool heranreifen lassen, der von zahlreiche UN-Studien unterstützt wird:

Um die Differenz zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern auszugleichen, müssen Teile der Bevölkerung aus der Dritten Welt in die Erste Welt abwandern. So könne die Dritte Welt vor dem Überbevölkerungs-Kollaps bewahrt und der Ersten Welt ausreichendes Arbeitskräftepotential zugeführt werden.

Seitdem lautet das Schlagwort: Diversity (Diversität, Vielfalt). Überall in Europa und Nordamerika wird das multikulturelle Weltbild propagiert. Es geht durch fast alle Regierungen, internationale Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen usw., bis es sich als Zeitgeist etabliert hat. In diesem Zusammenhang stehen die massiven Bemühungen der "Open Society Foundations" von George Soros, die in Kooperation mit dem UNHCR massiven Einfluß auf Regierungen und Institutionen der EU ausüben.

Vor diesem Hintergrund ist es kein Wunder, daß sich Angela Merkel von der Multikulti-Gegnerin zur Einwanderungs-Kanzlerin gewandelt hat, daß Barack Obama und Hillary Clinton ein buntes Amerika propagierten und der ehemalige französische Präsident Nicholas Sarkozy mit Nachdruck dafür warb, daß Mischehen ein dringendes Desiderat der französischen Gesellschaft seien.

Von Schweden bis Kanada, von Großbritannien bis in die USA ist es der universelle Nenner, der die westlichen Staaten unter einem Zeitgeist eint - "Diversity" um jeden Preis. Das ist der Imperativ des 21. Jahrhunderts, dem wir uns beugen sollen.

In vielen westlichen Gesellschaften haben sich Gegenbewegungen gebildet. Doch diese haben es bislang schwer, einen breiten Konsens zu finden. Denn Vorwürfe wie "Rassismus",

"Nationalismus" und "Populismus" können schnell jede Diskussion vorzeitig beenden. Wichtig ist die Erkenntnis, daß die sexuelle Revolution, der Feminismus, die Ideologie der multikulturellen Gesellschaft und die Unterstützung der globalen Migration weniger die Verschwörung einer kleiner Clique sind, sondern daß dahinter ein gigantischer Apparat steht, der global die gesamte Wirtschaft und Politik durchzieht - von der UNO bis hin zur Weltbank. Diese Gedankenwelt ist Konsens, wenn sich die Eliten in Davos oder auf der Bilderberg-Konferenz treffen. Sie glauben alle, die Bevölkerungen der Welt wie Figuren auf einem Schachbrett hin und her bewegen zu können.

Damit kommen wir zum Kern des Problems: die globalistisch-demographische Planwirtschaft. Die Vorstellung, daß internationale Organisationen globale Lösungsentwürfe vorbereiten und durchsetzen können, anstatt die einzelnen Staaten ihre eigenen Wege gehen zu lassen, ist der Hauptgrund für die vielen Fehlentwicklungen. Wann immer jemand zum großen Entwurf ansetzt, wird es unberechenbare Nebeneffekte mit sich bringen.

Einzig im Wege steht der Widerstand zahlreicher europäischer und amerikanischer Bürger, die diese Entwicklung durchschauen. Allein ihre Zahl ist noch zu gering.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 10. Februar 2018: >>**Hut ab: Die Neue Weltordnung ändert alles und jeden!**

Im Zuge der erfolgreichen Migrantisierung unseres Kontinents wird so ziemlich alles afrikanisiert, was in Europas Geschichte Rang und Namen hat.

Ein satirischer Kommentar von *Wolfgang Eggert*.

Man muß sich zuweilen bei Kindern in Acht nehmen, was man ihnen so alles auftischt. Ich hatte mal einem Knirps am Abendbuffet des Robinson-Clubs Daidalos auf Kos (Griechenland, damals noch schön) erzählt, daß die Pommes von einem belgischen "Baron van der Fritten" erfunden wurden, der mit der französischen "Comptesse de la Mayo-Naise" liiert war. Den Belgier konnte sich der Naseweis merken, und gab die Story, zurück am Tisch, sofort in die staunende Familienrunde. Der Herr Papa hat sich dann anderntags am Pool bei mir beschwert.

Den sagenumwobenen Baron mag es wirklich gegeben haben, die Gräfin dagegen ganz sicher nicht. Klassischer Fall von halber Wahrheit also. Wer nun sagt, "Jaaaa, mit einem kleinen Hosen scheißer kann man das machen!", übersieht: Auch dem Kindbett entstiegene Wahlbürger glauben so ziemlich alles, was ihnen unter die Nase gerieben wird. Hauptsache, daß irgendein Mainstreammedium oder wahlweise die Traumfabrik Hollywood die Story entsprechend "heiß" serviert.

Jüngstes Beispiel: Während man sich in bestimmten Großstadtvierteln Britanniens heutzutage in Afrika oder wahlweise Pakistan wähnt, wurde im Land des Schaum-entkronten Biers nun endlich der erste Stammvater aller Angelsachsen entdeckt. Er war - so heißt es nüchtern - ein "Schwarzer".

Nicht wenige weiße Engländer, die es erstaunlicherweise immer noch gibt, werden diese Nachricht durchaus "shocked" vernommen haben. Wie man sie ebenfalls ins "We are all Refugees-Boot" holte, gleicht einem Geniestreich: Dem Kolonialbritten wurde - wissenschaftlich! - kurzerhand ein Satz leuchtend stahlblauer Augen verpaßt. Merke: ein bißchen David Beckham ruht auch in jedem Afrikaner - man muß nur genau hinschauen! Unterliegende "Message": Leute, hin zu diesem wohlfeilen Antlitz geht, ja muß (!) unsere Reise gehen. Back to the Roots, give it a chance! Ab in die Betten, wir schaffen das!

Was sagt man nun dazu, nachdem die Fassung zurückgekehrt ist? "So sind sie halt, die Briten" oder "Vermutlich gab's grad Freibier", all das greift zu kurz, denn Mr. Britannia ist definitiv kein Einzelfall, sondern eher die Spitze eines propagandistischen Eisberges. Wer sich im Internet umsieht, wird viele weitere, höchst erstaunliche Anchormen (Ankermänner) der europäischen Geschichte finden, die mit einem Mal dem landläufigen Flüchtling gleichen wie ein

Ei dem anderen.

Neuerdings als "echter Afrikaner" gefeiert wird zum Beispiel - sicher wieder kein Zufall - mit Beethoven ausgerechnet der Komponist der Europahymne. "Offenbart Beethovens Musik seine afrikanischen Wurzeln?", fragte der *Guardian* seine Leser im Juni 2015. ... Gut, geschenkt, der stampfende Rhythmus seines Euvre hätte eigentlich von Anfang an auffallen müssen! Wem sich beim Frühjazzler "Ludwig van" nicht sofort vor dem geistigen Auge die weite Savanne Kenias auftut, hat seine Ohren an der Garderobe abgegeben.

Mehr allzulange verkannte Prominente aus dem Gebiet der Sub-Sahara gefällig? Alexander der Große wird genannt, der US-Gründervater Alexander Hamilton ebenfalls. Die Fernsehwelt packt die englische Königin Margaret von Anjou dazu - in der Serie *The Hollow Crown* von einer aus Nigeria stammenden Schauspielerinnen verkörpert. Obendrauf den Artus-Ritter Lancelot - im US-Sender ABC ebenfalls von einem Afro-Amerikaner gemimt. Und vorerst nur am Theater begeistern Schwarze in der Rolle der französischen Nationalheldin Jeanne d'Arc und als, man gönnt sich ja sonst nichts, keinen geringeren als Julius Caesar!

Im Zuge der erfolgreichen Migrantisierung unseres Kontinents wird so ziemlich alles afrikanisiert, was in Europas Geschichte Rang und Namen hat.

Wäre sein Ansehen nicht so rettungslos perdu, die fotofälschende Umvolkungselite würde selbst Adolf Hitler nicht verschmähen. Hätte sich der "Führer" im Frühsommer '38 erfolgreich ins malernde Privatleben zurückgezogen, wir erführen in diesen Tagen, daß sein Rufname nicht "Alf" sondern "Afri" war und auch der Name seiner Geburtsstadt Braunau erhielt mit einem Mal eine völkisch neue Erklärung. Daß sämtliche Bilder des in Wirklichkeit fast kongolesk rassigen Hitler im Nachhinein im Propagandaministerium mühevoll aufgehellt wurden, man verziehe es ihm. Die Zeiten waren halt so!

Wie gesagt, der Mann ist heute "schwer verkäuflich". So wird man sich eher an CSU-Rechtsaußen Peter Gauweiler halten, der innerhalb der bayerischen Grenzen als "der Schwarze Peter" bekannt ist. Warum, könnten alte, aus dem Verkehr gezogene Fotos belegen. Inzwischen hat die Bleichcreme ihre volle Wirkung entfaltet. Gauweiler ist heute hell wie eine Weißwurst.

Und wenn man schon dabei ist, warum nicht auch gleich die andere Seite der Medaille im Dienste der NWO mitverkaufen? Auch waschechte Weiße, die es in schwarzer Hautfarbe zu Ruhm und Ansehen gebracht haben, sind in der Lage, Gräben zuzuschütten, im Sinne eines herzhaften "Du bist Ich!"

Warum weiter verschweigen, daß der ehemalige Präsident der Zentralafrikanischen Republik, Bokassa, in Wirklichkeit "Joe Kassa" wohl hieß und ein diamantenschleifender Jude aus der Bronx war? Über den deutschen Startenor Roberto Blanco braucht man schon des Namens wegen kein Wort verlieren. Die Tarnung war ebenso unter aller Kanone, wie die des US-Barden R. Kelly, dem schwarzen Schaf der irischen Kelly Family.

Martin Luthers spät in die USA ausgewanderter Ur-Ur-Ur-Enkel klemmte sich - typisch für deutsche Immigranten - den amerikanisch erscheinenden Namen "King" hintenan. Ein Jahr freiwilliger Arbeit auf den Baumwollfeldern Tennesseees taten ein übriges. Der germanisch-protestantische Stammvater hätte seinen Nachfahren nicht einmal erkannt, wenn dieser noch den alten Eislebener Dialekt drauf gehabt hätte...

Mohammed Ali war dann der 3. Aldi-Bruder. Sich seiner deutschen Abkunft schämend, strich der Vorzeigethlet, den naiven Afroamerikaner heute noch für einen der ihren halten, einfach das "d" im Familientitel. Zu Beginn seiner Faustkampfkarriere boxte er unter dem Ringnamen "der Lippizaner". "Farbiger" wurde er erst durch die stundenlangen Freiluftfights unter der brennenden Südstaatensonne. Die "rassische" Umtragung im Personalausweis fand erst 1959 statt.

Aretha Franklin aus der Wuppertaler Brauereifamilie Küppersfeld brauchte Jahre bis sie den

amerikanischen Dialekt drauf hatte. Noch danach mußte die rheinische Frohnatur stundenlang in der Maske verbringen, bis sie als "korrekte Schwarze" durchging.

Last but not least: Jerome Boateng, sie wissen schon, der Fußballer neben dem niemand wohnen will, weil er angeblich Afrikaner ist. Zu unrecht, wie die NWO-Presse richtig stellen kann und sollte. Gerhard Bootstang, aus alter friesischer Fischerfamilie stammend, könnte schlicht das Opfer einer verlängerten Höhensonnenbehandlung sein. Ende der 90er Jahre schlief der Kicker auf einem Bräunerdiwan der Hamburger Solarienkette "Turbo Negro" ein. Und wurde so ein Fremder im eigenen Land.

Wie sagte der Humangenetiker, der das archäologische Relikt des britischen Ur-Stammvaters zum blauäugigen Nafri erklärte? Wir sind allesamt Refugees, alle Zwillinge, Schwarz ist Weiß und Weiß ist Schwarz. Ausgleichbar. Austauschbar. Recht hat er! Blicken wir den Tatsachen ins Auge. Lernen wir Geschichte.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 5. April 2018: >>**Das große Ganze und die Gemeinsame Erklärung 2018**

Alles hängt mit allem zusammen oder nix hat mit nix zu tun. Einzelfälle bleiben Einzelfälle bis sie sich zu einem Bild verbinden. Die Wahrheit dahinter ist oft ganz simpel. Oder eben hochkomplex verschachtelt - um möglichst unentdeckt zu bleiben.

Der "Global Compact of Migration" befindet sich derzeit in Phase III, bis zum Sommer werden zwischenstaatliche Abkommen fertig verhandelt und von den Regierungen unterschrieben sein. Ziel ist nicht mehr und nicht weniger, als die Etablierung eines weltweiten Migrationsgesetzes, einer Weltordnung für Migranten, bindend für die Unterzeichner.

Die New Yorker Erklärung der Vereinten Nationen vom September 2016 etabliert ein Bündel von Rechten für "reguläre Migration" und Pflichten für die Zielstaaten. Zu den staatlichen Pflichten gehört die Bekämpfung von Xenophobie genauso wie die Niederhaltung von Kritik an diesem Plan. Es soll auch keine Rolle mehr spielen, ob Flüchtlinge an den Grenzen Pässe haben oder nicht. Es reicht, wenn sie das Wort "Asyl" sagen. Alles Weitere erleben wir täglich hierzulande.

Sprache steuert Denken

Diese Erklärung könnte zum Signal für eine nie dagewesene Völkerwanderung werden, die vor allem in die Sozialsysteme Europas erfolgen wird. Wir alle haben uns gewundert, was die Beteiligung am "Resettlement and Relocation Program" im Wahlprogramm der Union, damals, im Sommer 2017, schon selbstbewußt als Regierungsprogramm bezeichnet, zu suchen hat.

Warum wurde in Deutschland, einem Land, in dem alles geregelt ist und dessen Sachverstand in der EU normalerweise nicht einmal die Krümmung der grünen Gurke entgeht, die Differenzierung von Asyl nach Artikel 16a des Grundgesetzes, Fluchtgründen nach der Genfer Konvention und illegaler Wirtschaftsmigration zuerst verwässert und später faktisch beseitigt? Sprache steuert Denken: Wo also Flüchtlinge oder gar "Geflüchtete" die Sprache beherrschen, denkt jeder an Bürgerkrieg, Not und Hilfe.

Man ahnte spätestens seit der Gewalt aus dem übergriffigen Migrantenmob nordafrikanischer Staaten in Köln, daß die vielen Syrer nicht nur merkwürdig aussehen, sondern auch merkwürdig viele verschiedene Sprachen sprechen.

Zielregion Europa

Die IOM (International Organisation for Migration) wurde als provisorisches Flüchtlingskomitee 1951 gegründet, damals in Erwartung der Notwendigkeit zur Koordinierung europäischer Flüchtlingsströme nach dem Zweiten Weltkrieg. Seit dem Wegfall des Eisernen Vorhanges 1989 hat sie sich neuen Betätigungsfeldern zugewandt, seit 2013 ist sie Teil des UN-Flüchtlingshilfswerkes UNHCR.

In ihrem Organigramm hat Europa als Zielregion kaum eine Mitsprache, Berlin liefert nur die

Zahl der möglichen "freien Plätze". Die Steuerung der migrantischen Reisetätigkeit erfolgt aus Manila und Panama. Die Vergütung der dort ansässigen Mitarbeiter ist mit 120.000 Dollar pro Mann und Halbjahr (zzgl. Pensionsrücklagen) der großen Aufgabe angemessen dotiert.

Für Wolfgang Schäuble ist es ein "Rendezvous mit der Globalisierung", was wir seit 2015 erleben.

Bei Lichte betrachtet, zeigt sich allerdings immer mehr: Das Rendezvous fiel für die Braut nicht vom Himmel, es wurde eingefädelt. Perfide und an den demokratischen Strukturen vorbei, um anschließend als alternativlos und großen Gewinn für die Zielländer präsentiert zu werden. Der demographischen Entwicklung wollte man trotzen, Daimler-Chef Dieter Zetsche sah gar "ein neues Wirtschaftswunder" heraufziehen. Die EU machte es sich ganz einfach: "We are all migrants by nature".

One-World-Unsinn

Im Hintergrund stehen aber viel weniger die Hilfsbereitschaft des Westens als vielmehr handfeste wirtschaftliche und ideologische Interessen als Paten bereit. Ein einheitlicher Markt, frei von nationalen Regeln, läßt sich nur mit dem Zerschlagen nationaler Identitäten erreichen.

Was aber ist ein Staat ohne Grenzen, ohne Budgethoheit, ohne Definition der eigenen Identität? Was ist die Folge, wenn die Bürger nicht mehr entscheiden können, mit wem sie fortan zusammenleben wollen? Kein Grundgesetz kann die kulturelle Wertebeliebigkeit noch sinnstiftend regeln, die ein solches Siedlungsgebiet für Jedermann darstellte.

Es ist der bekannte One-World-Unsinn, der Armut sozialisiert, statt Leistung zu fördern und nicht erkennt, daß Toleranz ohne die Akzeptanz von Grundregeln zur Blaupause für Anarchie mutiert. Weil für das Recht des Stärkeren Toleranz nur Schwäche sein kann.

An der Öffentlichkeit vorbei

Schäuble steht also am Rand des Spielfeldes und tut so, als beobachte er nur. Seine Kanzlerin hatte die Tonlage in ihrer Flüchtlingspolitik vorgegeben: "nun sind sie halt da". Verantwortung sieht anders aus. Aber sie steckt dahinter, nur ganz anders als wir alle denken.

Wenn Benjamin Netanyahu wie selbstverständlich davon ausgeht, daß die Schwarzafrikaner, die Israel nicht haben will, die das Land verlassen müssen oder dort ins Gefängnis kommen (soviel zu den westlichen Werten), auf Kanada, Deutschland und andere europäische Länder verteilt werden, weil diese Länder diesbezügliche Verträge mit dem UNHCR unterzeichnet haben, blitzt auf, daß es hier nicht um Flucht vor Krieg und Verfolgung geht. Es sei denn, man akzeptiert schon die Flucht vor der Pflicht zum Wehrdienst als Verfolgung. Es geht um Teilnahme an einer geplanten Umsiedlung, zu der sich auch Deutschland verpflichtet hat.

Wer hat unsere Regierung dazu ermächtigt? Wann wurde das Thema im Bundestag debattiert, in der Öffentlichkeit darüber berichtet? Wo waren ARD und ZDF, die doch immer am Nerv der Zeit sind, sogar wenn in Moskau ein Stuhl umfällt? Die Vermutung liegt nahe, daß sie hier auch am Nerv der Zeit sind, nur, dieser Nerv Teil der durchtriebenen Schweigespirale selbsternannter Eliten zur Durchsetzung einer globalen Neuordnung ist.

Ziel ist eine Welt ohne Grenzen

Donald Trump hat unmittelbar nach seiner Wahl zum Präsidenten die Mitwirkung der USA am Global Compact mit den Worten gekündigt, "Das ist ein No-Borders-Plan. Die USA ist eine Nation, kein Siedlungsgebiet." Und er hatte recht. Seit einigen Tagen wandert ein "Caravan of Migrants", ein von der NGO "People Without Borders" organisierter Treck von mehreren Tausend Migranten, von Honduras aus quer durch Mexiko in Richtung der US-Grenze. Ziel ist es, mit soviel wie möglichen Menschen die Grenze "zu stürmen". Man möchte erzwingen, was man als Floh im Ohr trägt: eine Welt ohne Grenzen und oft auch Wohlstand ohne Arbeit.

Die "Gemeinsame Erklärung 2018" ist auch deshalb so erfolgreich, weil sie dem Gefühl der Menschen, hier laufen im Hintergrund gesteuerte Prozesse ab, entspricht. Sie trifft, weil sie

zutrifft. Die selbst ernannten Meinungsführer sind deswegen so gereizt, weil sich an ihrem Stammtisch plötzlich einfache Leute zur Lage der Nation artikulieren. Das hatten sie schlicht nicht vorgesehen.

Aber noch gibt es das Gebilde, dem Wilhelm einst das Haus stiftete. In ihm tagt der Bundestag und wird sich bald mit dieser Erklärung beschäftigen müssen. An seinem Fries steht nicht "Der ganzen Welt", sondern: "Dem Deutschen Volke".<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Mai 2018 (x887/...):

>>**UN bereiten Völkerwanderungen vor**

Ein "globaler Pakt" für eine sichere, geordnete und reguläre Migration (GCM) ist bereits in Arbeit

"Migration zum Nutzen aller gestalten" lautet die Überschrift eines vom UN-Generalsekretär, António Guterres, vorgelegten Berichtes in dem der Inhalt, die Methoden und die Ziele eines geplanten globalen Immigrationspakts dargelegt werden. Darin wird deutlich, daß im Falle von dessen Verabschiedung und Umsetzung die Welt eine völlig andere sein würde als die heutige.

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit in Deutschland wird in den Gremien der Vereinten Nationen seit geraumer Zeit ein umfassender "globaler Pakt" für eine sichere, geordnete und reguläre Migration (Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration, kurz Global Compact for Migration, GCM) vorbereitet, der weitreichende Eingriffe in die Zusammensetzung der Bevölkerungen vor allem der westlichen Industriestaaten vorsieht, und zwar in einem solchen Umfang, daß nicht nur das demographische Profil, sondern auch das gesamte politische, ökonomische, soziale und kulturelle System dieser Staaten grundlegend verändert werden würde.

Zwar liegt derzeit noch kein abgestimmter Text für den Pakt vor, doch befindet sich der Vorbereitungsprozeß dafür in seiner dritten und letzten Phase. Schon Ende dieses Jahres soll der Pakt auf einer hochrangigen Konferenz der Staats- und Regierungschefs angenommen werden. Es ist also höchste Zeit, sich in der Öffentlichkeit mit dem Projekt auseinanderzusetzen.

Ein wesentliches Anliegen des Paktes ist es, daß die Immigration, die gegenwärtig insbesondere vom Süden in den Norden des Erdballs verläuft, von den Vereinten Nationen gesteuert wird. Sie soll in "sicheren, geordneten und regulären" Bahnen erfolgen. Dieser Menschenstrom wird dabei als etwas Schicksalhafteres hingenommen.

Früher angestellte Überlegungen zur Abwendung dieser Völkerwanderung, etwa durch Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Stabilität der Auswanderungsstaaten oder durch die Schaffung von Bleibeanreizen für die Auswanderungswilligen, werden gar nicht mehr angestellt. Man kapituliert und läuft der Entwicklung hinterher, indem man versucht, sie in "sichere, geordnete und reguläre" Bahnen zu bringen.

Hierbei geht es nicht nur - wie bei der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951- um die zeitweilige Aufnahme einer begrenzten Zahl von in einem Staat politisch Verfolgten in einem anderen Staat. Vielmehr läuft der geplante "globale Pakt" im Kern auf die Steuerung einer weltweiten Umsiedlung vorwiegend von Wirtschaftsflüchtlings aus dem Süden in den Norden des Erdballs hinaus. Eine solche totale Veränderung der Demographie ganzer Erdteile hat es bislang wohl noch nicht gegeben.

Als ein Ziel der Steuerung der massenhaften Immigration nennt der Bericht die Überwindung der wirtschaftlichen Ungleichheit der Staaten (§ 87).

Es geht letztlich um eine Durchmischung der Weltbevölkerung. Dazu sollten die Staaten möglichst ihre Grenzkontrollen lockern, um auch irregulären Immigranten "Zugangswegen für eine reguläre Migration" zu eröffnen (§ 36). Die freiwillige und erzwungene Rückkehr von Immigranten sei oft "weder wünschenswert noch durchführbar".

Der UN-Generalsekretär versteigt sich sogar zu der nicht näher begründeten Annahme, daß Länder mit einem restriktiven Grenzregime, welche die Rückführung als eine Möglichkeit betrachten, um vor irregulärer Immigration abzuschrecken, gegen grundlegende menschenrechtliche Verpflichtungen verstoßen könnten (§ 39). Um den seit längerer Zeit in einem Land lebenden irregulären Immigranten einen legalen Status zu verleihen, sollten verschiedene Maßnahmen der Integration in Betracht gezogen werden bis hin zur Verleihung der Staatsbürgerschaft (§ 40).

Um das Projekt der globalen Umsiedlung zu begründen, greift der Bericht zum Teil auf abenteuerliche Behauptungen zurück, die in der dort dargelegten Verallgemeinerung unzutreffend oder lebensfremd sind. So wird festgestellt, Immigration sei generell "ein Motor des Wirtschaftswachstums, der Innovation und der nachhaltigen Entwicklung" (§ 1). Es lägen "eindeutige Beweise" dafür vor, daß Immigration sowohl den Immigranten als auch den Aufnahmestaaten wirtschaftlichen und sozialen Nutzen verschaffe (§ 4 a).

Immigranten trügen zum Wohlstand sowohl im Herkunfts- wie auch im Aufnahmestaat bei, indem sie Steuern zahlen und rund 85 Prozent ihres Einkommens der Volkswirtschaft im Aufnahmestaat zuführen und die übrigen 15 Prozent in Form der Rücküberweisung in ihre Heimat schicken. Die Summe der Heimatüberweisungen betrage das Dreifache der öffentlichen Entwicklungshilfe.

Weiter heißt es: "Migranten bringen Fachwissen und Unternehmergeist mit, die ihren Aufnahmegesellschaften zugutekommen." (§§ 20, 21)

Der Bericht des UN-Generalsekretärs geht nicht darauf ein, daß das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Kulturen zu Verwerfungen und Konflikten im Aufnahmestaat führen kann, vor allem wenn der Zustrom von Immigranten dort massenhaft, innerhalb kurzer Zeit und auf engem Raum erfolgt. Das gilt erst recht dann, wenn die Immigranten aus archaischen Gesellschaften kommen und weder integrationsbereit noch -fähig sind.

Vielmehr werden Zweifel und Kritik an dem globalen Umsiedlungsplan apodiktisch zurückgewiesen. Immigration sei eine wachsende globale Realität, deshalb brauche über die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit auf diesem Gebiet "keine Debatte mehr geführt werden" (§ 3).

Zugleich wird der Kurs zum Thema "Fremdenfeindlichkeit" abgesteckt: "Schwarzseherische Fehldarstellungen" über die Auswirkungen der Immigration seien von den politischen Führungspersonen richtigzustellen und "in eine andere Richtung zu lenken" (§ 9).

Zugleich werden Denk- und Sprechverbote erteilt. Verhindert werden müsse in der Immigrationsdebatte eine "entmenschlichende Sprache", so zum Beispiel wenn von "Beständen" und "Strömen" oder abwertend über "illegale Einwanderer" gesprochen wird.

Es wird deutlich, welche Position das Sekretariat des UN-Generalsekretärs in der Immigrationsfrage vertritt. Unter dem Vorwand der Menschenrechte und der (unvermeidbaren) Globalisierung wird eine Massenimmigration befördert, die auf den Bevölkerungsaustausch von bisher unbekannter Dimension in den westlichen Industriestaaten gerichtet ist und dabei die Herbeiführung ethnischer, religiöser und kultureller Konflikte und letztlich die Auflösung der Nationalstaaten zumindest in Kauf nimmt. Damit würde sich die UNO von ihrem Gründungsauftrag weit entfernen, nämlich der Verpflichtung zur Friedenssicherung und zur Achtung der Souveränität ihrer Mitgliedstaaten.

Es kann davon ausgegangen werden, daß beispielsweise die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates USA, Rußland und China wie auch einige europäische Staaten sich einem solchen Vertrag nicht anschließen werden.<<